

Bankenbrief - Ausgabe 2021-140

Das Thema

EZB-Experten heben Wachstumsprognose für die Eurozone an – Stimmung auf 21-Jahreshoch

Die Konjunkturaussichten in der Eurozone bessern sich deutlich. Angesichts der einsetzenden Erholung nach dem scharfen Einbruch durch die Corona-Krise haben die Experten der Europäischen Zentralbank (EZB) ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum der Eurozone angehoben. Sie gehen nun davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um 4,7 Prozent zunehmen wird, nachdem sie im April noch 4,2 Prozent vorhergesagt hatten. Das teilte die EZB heute mit. Für 2022 wird nun ein Plus von 4,6 Prozent prognostiziert und für 2023 von 2,1 Prozent. Zudem hoben die Ökonomen ihre Inflationserwartungen an. Für 2021 rechnen sie mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1,9 Prozent nach zuvor 1,6 Prozent und für 2022 von 1,5 Prozent nach zuvor 1,3 Prozent. Langfristig gehen sie von 1,8 Prozent aus. Der Idealwert der EZB liegt inzwischen bei glatten 2 Prozent. Trotz steigender Corona-Infektionszahlen ist auch die Stimmung in den Unternehmen der Eurozone so gut wie lange nicht mehr. Der von IHS Markit erhobene Einkaufsmanagerindex, der Industrie und Dienstleister zusammenfasst, stieg im Juli auf den höchsten Stand seit 21 Jahren. Wie die Marktforscher heute berichteten, legte der Indikator verglichen mit dem Vormonat um 1,1 Punkte auf 60,6 Zähler zu. Die Erwartungen von Analysten wurden damit übertroffen. "Angesichts der Lockerungen der Corona-Restriktionen genießt die Eurozone einen sommerlichen Wachstumsschub", erklärte Markit-Chefökonom Chris Williamson. Die Geschäfte im Dienstleistungssektor liefen der Erhebung zufolge so gut wie zuletzt vor 15 Jahren. In der Industrie sorgen laut IHS Markit allerdings anhaltende Lieferverzögerungen weiter für große Probleme. Auch in Deutschland erklimmte die Stimmung in den Unternehmen ein Rekordhoch. Der Einkaufsmanagerindex für die hiesige Privatwirtschaft stieg im Juli um 2,4 auf 62,5 Punkte. Das ist laut den Marktforschern der höchste Wert seit Beginn der Statistik 1998.

[n-tv.de]

[manager-magazin.de]

[boerse-online.de]**[marketresearchtelecast.com]****[reuters.com]**

Meldungen

Mehr bargeldlose Zahlungen im Euroraum

Als Folge der Corona-Krise hat das Bezahlen ohne Scheine und Münzen im Euroraum deutlich zugenommen. Nach Angaben der EZB wurden im vergangenen Jahr fast 102 Milliarden Zahlungen bargeldlos abgewickelt verglichen mit 98 Milliarden im Vorjahr. Der Gesamtwert der Transaktionen wuchs um 8,7 Prozent auf rund 167 Billionen Euro. 47 Prozent der bargeldlosen Transaktionen waren Kartenzahlungen, 23 Prozent entfielen auf Überweisungen und 22 Prozent auf Lastschriften. Die übrigen waren der Notenbank zufolge u. a. elektronische Zahlungsmittel wie zum Beispiel Apple Pay oder Google Pay. Innerhalb des Euroraumes sind allerdings weiter große Unterschiede im Zahlverhalten sichtbar. Bei den Kartenzahlungen weist Portugal mit rund 70 Prozent den höchsten nationalen Anteil auf. Bei den Überweisungen lag die Slowakei mit einem Anteil von rund 38 Prozent an der Spitze. In Deutschland fiel der Anteil von Lastschriften mit rund 44 Prozent besonders hoch aus.

[sueddeutsche.de]**[n-tv.de]**

Bundesbank: Deutlich weniger Falschgeld im Umlauf

Wegen der Corona-Krise ist in Deutschland laut der Bundesbank deutlich weniger Falschgeld aufgetaucht. Insgesamt seien im ersten Halbjahr rund 21.400 falsche Euroscheine registriert worden, 13 Prozent weniger als im zweiten Halbjahr 2020. "Die Konsummöglichkeiten waren gerade in den Bereichen, in denen Bargeld eine bedeutende Rolle spielt, stark eingeschränkt", erklärte Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann heute. Den durch Falschgeld verursachten Schaden bezifferte die Bundesbank auf eine Million Euro. Der Anteil falscher 20-Euro-Scheine lag mit 41 Prozent am höchsten. Die falschen Fünfteuriger kamen auf 39 Prozent, falsche 100-Euro-Scheine auf 6 Prozent. Rechnerisch kamen lediglich fünf falsche Banknoten auf 10.000 Einwohner.

[tagesschau.de]

[faz.net]

IWF lobt Fed für Corona-Politik

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) bescheinigt, dass sie äußerst effektiv gegen die Folgen der Corona-Krise vorgegangen ist. In einem Bericht über die US-Wirtschaftspolitik erklärte das Gremium zugleich, es komme nun darauf an, dass die Notenbank ihre Absichten sorgfältig kommuniziere, sobald ein Rückzug der geldpolitischen Anpassung und der Ankäufe von Vermögenswerten geplant sei. Es gelte, Missverständnisse am Markt, Volatilität in der Preisbildung oder eine unangemessene Verschärfung der finanziellen Bedingungen zu vermeiden.

[wiwo.de]

Commerzbank muss Sonderabschreibung im zweiten Quartal verbuchen

Auf die Commerzbank kommen im zweiten Quartal Abschreibungen von rund 200 Millionen Euro zu. Das Geldhaus begründete die Belastung mit dem Stopp der Auslagerung ihrer Wertpapierabwicklung an die britische Großbank HSBC. Dem Projekt hätten große Risiken bei der technischen Umsetzung und veränderte Marktbedingungen entgegengestanden. "Das deutlich gewachsene Handelsvolumen und die technologische Weiterentwicklung ermöglichen uns, die Wertpapierabwicklung profitabel fortzuführen", sagte das zuständige Vorstandsmitglied Jörg Hessenmüller. Die Commerzbank wolle nun die Komplexität reduzieren und zunächst ihre eigenen Systeme weiter modernisieren.

[manager-magazin.de]

American Express mit Gewinnsprung

Der US-Kreditkartenkonzern American Express hat von der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung profitiert. Im zweiten Quartal stieg der Überschuss auf 2,3 Milliarden Dollar (2,0 Milliarden Euro), wie das Unternehmen heute mitteilte. Im Vorjahreszeitraum hatten hohe Belastungen durch die Corona-Pandemie das Ergebnis auf 257 Millionen Dollar sinken lassen. Jetzt konnte

Bankenbrief

ein großer Teil der Risikovorsorge, die damals gebildet wurde, wieder aufgelöst werden. Die konzernweiten Erlöse erhöhten sich um 33 Prozent auf 10,2 Milliarden Dollar. Im Juni übertrafen die Ausgaben der Kreditkartenkunden nach Darstellung von Vorstandschef Stephen Squeri wieder das Vorkrisenniveau.

[finanztreff.de]

Russische Notenbank hebt Leitzins deutlich an

Russlands Zentralbank hat den Leitzins angesichts steigender Inflationsraten von 5,5 Prozent auf 6,5 Prozent erhöht. Das teilte die Notenbank heute in Moskau mit. Die Währungshüter sehen die Teuerungsrate im laufenden Jahr zwischen 5,7 und 6,2 Prozent, 2022 dann zwischen 4,0 bis 4,5 Prozent. Die Zentralbank strebt einen Wert von 4 Prozent an.

[wsj.com]

Stimmung britischer Unternehmen verschlechtert

Die britischen Unternehmen sind angesichts der angespannteren Corona-Lage weniger optimistisch. Der Einkaufsmanagerindex der Marktforscher von IHS Markit sank im Juli deutlich um 4,5 Punkte auf 57,7 Zähler und damit stärker als von Analysten erwartet. Das teilten die Marktforscher heute mit. Sowohl in der Industrie als auch unter Dienstleistern trübte sich die Stimmung erheblich ein. Die steigenden Infektionszahlen infolge der Delta-Variante habe die Nachfrage belastet, die Lieferketten behindert und zu personellen Engpässen geführt, erklärte Markit-Chefökonom Chris Williamson .

[reuters.com]

Die EZB darf nur in Grenzen grün sein



Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, hat die Absicht der EZB, zukünftig auch Klimaschutzaspekte in die Geldpolitik einfließen zu lassen, begrüßt. "Das ist richtig, wichtig und kommt nicht überraschend. Für eine grüne Ausrichtung der Geldpolitik gibt es gute Argumente", erklärte er in einem heute veröffentlichten Gastbeitrag in der "Wirtschafts-

woche". Zugleich verwies er auf die engen Grenzen, die der EZB dabei gesetzt sind, will sie nicht in Konflikt mit ihrem eigentlichen Mandat – der Preisniveaustabilität – geraten. Die EZB müsse im Auge behalten, was machbar ist, betonte Ossig. Seine Argumente und Vorschläge für ein "Green Asset Programme" lesen Sie hier:

[bankenverband.de]

[wiwo.de]

Die Köpfe

Differenzen im EZB-Rat: Wunsch und Weidmann gegen neuen EZB-Zinsausblick

Der belgische Zentralbank-Gouverneur Pierre Wunsch hat sich gegen den neuen Zinsausblick (Forward Guidance) der EZB ausgesprochen. Auch Bundesbank-Präsident Jens Weidmann soll sich Insidern zufolge gestern bei den Beschlüssen im EZB-Rat dagegen gewandt haben. Wunsch erklärte heute in einem Interview, aus seiner Sicht habe sich die EZB zu stark im Voraus festgelegt. Mit dem Ausblick, der als Versprechen verstanden worden sei, für lange Zeit die Zinsen nicht zu erhöhen, habe er sich nicht wohlfühlt. "Wir sprechen vielleicht von fünf oder sechs Jahren, wenn wir uns die Markterwartungen anschauen", sagte er. Angesichts der zuletzt beschlossenen Änderung ihrer geldpolitischen Strategie hatte die EZB am Vortag ihren Zinsausblick an ihr neues Inflationsziel von 2 Prozent angepasst. Die Leitzinsen sollen solange auf dem aktuellen oder einem noch tieferen Niveau bleiben, bis die Inflation 2 Prozent erreicht und dieses Niveau dauerhaft beibehält. Frankreichs Notenbankchef Francois Villeroy de Galhau unterstützte heute in einem Interview ausdrücklich die ultralockere Geldpolitik der EZB.

[cnbc.com]

[wiwo.de]

US-Finanzministerin Yellen fordert mehr Engagement gegen Klimawandel

Die amerikanische Finanzministerin Janet Yellen hat die Weltbank und die Entwicklungsbanken aufgefordert, deutlich mehr privates Kapital im Kampf

Bankenbrief

gegen den Klimawandel zu mobilisieren. Auf einer Konferenz in Washington ermutigte die frühere US-Notenbank-Präsidentin die Chefs dieser Institutionen, die Umsetzung von Plänen zur Emissionsreduzierung und zum Schutz von Ökosystemen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Nach Angaben des US-Finanzministeriums nahm auch der Klimabeauftragte des Weißen Hauses, John Kerry, an dem Treffen teil. Es sei über mögliche Initiativen der Banken diskutiert worden. Beispielsweise darüber, ihre bisherige Entwicklungsfinanzierung dahingehend zu erweitern, indem sie die Länder beim Aufbau von Märkten für grüne Anleihen unterstützen sowie das Umfeld schaffen, um mehr private Klimainvestitionen zu generieren.

[reuters.com]

Credit Suisse holt Kruck für das Asset Management

David Kruck wechselt von der Schweizer Großbank UBS zur Credit Suisse. Er übernimmt dort Anfang August in der Division Asset Management die Position des Stabschefs, wie das Institut nach Medienberichten heute bestätigte. Bei der UBS hatte Kruck eine ähnliche Aufgabe. Er löse bei Credit Suisse Interims-Stabschef Henning Wechsung ab, der künftig als Strategiechef der Division fungiere.

[www.finews.ch]

Der Tweet des Tages

Wie grün kann die **#Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank sein? Dieser Frage widmet sich unser Hauptgeschäftsführer Christian Ossig heute in seinem Gastbeitrag **@wiwo** Mehr: **go.bdb.de/1auuK #ECB #EZB #SustainableFinance**

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

EZB hält an ultralockerem Kurs fest – Lagarde: Inflation zieht vorerst an

Die Europäische Zentralbank (EZB) hält in der andauernden Corona-Pandemie an ihrer sehr expansiven Ausrichtung der Geldpolitik fest. In ihrer ersten Zinssitzung nach ihrer Strategieerneuerung bekräftigten die Währungshüter ihren ultralockeren Kurs. Die Notenbank hatte sich kürzlich ein neues Inflationsziel von 2 Prozent gesetzt, nachdem es zuvor unter, aber nahe 2 Prozent gelegen hatte. Sie bekräftigte nun, dass sich die mittelfristige Teuerungsrate auf 2 Prozent stabilisieren solle. "Dies kann auch eine Übergangsphase beinhalten, in der die Teuerungsrate leicht über dem angestrebten Zielwert liegt", hieß es in einer Mitteilung der EZB. Aus Sicht von EZB-Präsidentin Christine Lagarde wird die Inflation in der Eurozone noch steigen und voraussichtlich erst Anfang 2022 nachlassen. Auf ihrer Sitzung behielten die Notenbanker den Leitzins im Euroraum auf dem Rekordtief von null Prozent, auf dem er bereits seit März 2016 verharret. Zugleich müssen Geschäftsbanken weiter 0,5 Prozent Zinsen zahlen, wenn sie Geld bei der Notenbank parken. Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes, kritisierte diesen Beschluss: "Wirtschaft und Sparer werden leider noch lange Zeit mit Negativzinsen leben müssen. Und dies trotz deutlich steigender Preise." Der Bankenverband erwartet, dass sich die Inflationsrate in den nächsten beiden Jahren um die 2 Prozent einpendeln wird. "Diese 'Normalisierung' sollte die EZB nutzen, um zumindest eine Perspektive für den Ausstieg aus den geldpolitischen Kriseninstrumenten aufzuzeigen, zu denen auch der negative Einlagezins gehört", betonte Ossig. Der Chefvolkswirt des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Andreas Bley, sagte nach den Beschlüssen, nunmehr dürften sich alle Hoffnungen auflösen, dass es schon 2023 oder 2024 zu einer Zinserhöhung kommen könne. Die EZB bekräftigte, dass die Ankäufe im Rahmen ihres billionenschweren Krisen-Anleihekaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme/PEPP) weiterhin deutlich umfangreicher ausfallen sollen als zu Jahresbeginn. Das Monatsvolumen der Käufe lag zuletzt bei 80 Milliarden Euro.

[[bankenverband.de](https://www.bankenverband.de)]

[[faz.net](https://www.faz.net)]

[[nzz.ch](https://www.nzz.ch)]

[[boerse-online.de](https://www.boerse-online.de)]

[[handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)]

Was am Montag wichtig wird

Das Ifo Institut stellt seinen Index für das Geschäftsklima in Deutschland für den Monat Juli vor. – Der Prozess im Cum-Ex-Verfahren gegen ehemalige Mitarbeiter der inzwischen insolventen Maple Bank in Frankfurt wird fortgesetzt. Den angeklagten Bankern wird vorgeworfen, gemeinschaftlich Handelsstrukturen aufgebaut zu haben, die Cum-Ex-Aktiengeschäfte zu Lasten der Staatskasse ermöglichten. – Das österreichische Kreditinstitut Bawag präsentiert seine Ergebnisse für das zweite Geschäftsquartal. – Die EU-Wirtschafts- und Finanzminister treffen sich online zu einer informellen Sitzung.

Der Nachschlag

Wofür Sie sich täglich Zeit nehmen sollten

Eine Eigenschaft, die Erfolgsunternehmer Bill Gates, Warren Buffett und Mark Zuckerberg gemeinsam haben, vermutet man zunächst nicht: Sie sind richtige Leseratten. Microsoft-Gründer Gates und Facebook-Chef und -Gründer Zuckerberg stellen ihre Buchlektüre sogar online vor. Obwohl sie viel beschäftigt sind, geben sie sich nicht zufrieden mit dem, was sie können. Vielmehr schaufeln sie sich jede Woche Stunden frei, um sich weiterzubilden. Wenn Sie ihnen nacheifern wollen, blockieren Sie am besten sofort für diesen Zweck feste Zeit in Ihrem Kalender. Falls Sie kein Bücherwurm sein sollten, gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie Sie dennoch lebenslang weiter lernen können. Welche das sind, lesen Sie hier:

[impulse.de]